

Städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			Sitzungsprotokoll S-31 Nils Lennart Lühr
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag: 12.06.2018	Sitzungsbeginn: 17:10 Uhr	Sitzungsende: 18:10 Uhr	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert			

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) eröffnet die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 08.05.2018	
TOP 3	Berichtsbitte (DIE LINKE) „Lärmbelästigung durch eine Windenergieanlage (WEA) am Bultensee“	S-73-19
TOP 4	Bericht der städt. Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft „Windenergieanlage (WEA) Bultensee verhindern – Voraussetzungen für Ablehnung unverhältnismäßiger WEA-Standortentscheidungen schaffen	S-72-19
TOP 5	Sechster Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH mit dem Schwerpunkt Medizinstrategie	S-74-19
TOP 6	Verschiedenes	

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
<u>Beschluss (einstimmig):</u> Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt einstimmig die vorgeschlagene Tagesordnung.	

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 08.05.2018
<u>Beschluss (einstimmig):</u> Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 08.05.2018 zu.	

TOP 3	Berichtsbitte (DIE LINKE) „Lärmbelästigung durch eine Windenergieanlage (WEA) am Bultensee (Vorlage S-73-19)“
<i>Gemeinsame Beratung der TOPs 3 und 4</i>	
Herr Schober (Die Linke) führt vorab die gesundheitliche Folgen von Lärm und damit die Relevanz des Lärmschutzes aus.	
Vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) berichtet Herr Bürger zum Genehmigungsverfahren und zur Einhaltung des Immissionsschutzgesetzes im Besonderen. So wurden im Rahmen der erteilten Genehmigung zwei Schallschutzgutachten eingeholt und hieraus Auflagen für den Betrieb der Windenergieanlage am Bultensee ausgesprochen. Auf Nachfragen, insbesondere von Herrn Schober (Die Linke), präzisiert Herr Bürger (SUBV), dass die Gutachten	

und Auflagen unter Beachtung der örtlichen Lärmbelastung, wie der naheliegenden Autobahn, erfolgen und folglich die Windenergieanlage in einigen Zeitfenstern herunter geregelt werden muss. Mittels des determinierten langsameren Betriebs wird sichergestellt, dass die gesetzlichen Lärmschutz-bestimmungen eingehalten werden. Sollte im Betrieb de facto höhere und überschreitenden Lärmbelastung stattfinden, würden weitere Auflagen – d. h. eine Pflicht zum langsameren Durchlauf oder sogar Abschaltzeiten für die Anlage – ausgesprochen. Herr Dr. Teutsch (Amtsleiter des Gewerbeaufsichtsamtes) ergänzt, dass die reale Lärmbelastung dann im Betrieb gemessen wird.

Staatsrat Kück informiert darüber hinaus, dass die Anmerkungen des Gesundheitsamtes Bremen im Rahmen der Genehmigung als verbindliche Auflagen festgeschrieben wurden.

Frau Dehne (SPD) kritisiert die Erteilung der Genehmigung vor der Beratung in der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und hinterfragt kritisch, ob die Genehmigung zwangsläufig erteilt werde musste. Da dieser Standort aus Sicht der SPD für eine Windenergieanlage nicht geeignet ist.

Herr Bürger (SUBV) stellt klar, dass auf Grundlage des gültigen Flächennutzungsplans die Genehmigung erteilt werden musste.

Die Herren Saffe und Pirooznia (B90/ Die Grünen) zeigen sich optimistisch, dass die erteilten Auflagen dauerhaft befolgt werden, und begrüßen die Genehmigungserteilung beim Vorliegen aller Voraussetzungen.

Der Beirat Osterholz lehnte einstimmig die Windenergieanlage an diesem Standort ab, so Herr Dr. Jan Restat aus dem Beirat. Ablehnungsgründe waren u.a. die Bebauung des Landschaftsschutzgebietes sowie die unmittelbare Nähe zum Naherholungsgebiet Bultensee und die damit einhergehenden Beeinträchtigungen.

Beschluss (einstimmig):

Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die Beantwortung der Berichtsbitte zum Thema Lärmbelastung durch eine Windenergieanlage am Bultensee zur Kenntnis.

TOP 4	Bericht der städt. Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft „Windenergieanlage (WEA) Bultensee verhindern – Voraussetzungen für Ablehnung unverhältnismäßiger WEA-Standortentscheidungen schaffen (Vorlage S-72-19)
Beratung siehe TOP 3	
<u>Beschluss (einstimmig):</u>	
Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 15.02.2018 zur Kenntnis.	

TOP 5	Sechster Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH mit dem Schwerpunkt Medizinstrategie (Vorlage S-74-19)
Herr Schmid (Abteilungsleiter Kommunale Kliniken, SWGV) erläutert kurz die Vorlage „Sechster Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH mit dem Schwerpunkt Medizinstrategie“. Die Vorlage berichtet abschließend über die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen des Zukunftsplans 2017 von 2013 bis 2017. Im Bericht wird ebenfalls das nicht zufriedenstellende wirtschaftliche Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 analysiert.	
Deputierte aller Fraktionen und die Senatorin kritisieren, dass die GeNo ihre optimistischen Wachstumsannahmen, die sie der Wirtschaftsplanung 2017 zugrunde gelegt hatte, nicht rechtzeitig angepasst hat.	

Herr Bensch (CDU) drückt die Sorge der CDU über die wirtschaftliche Zukunft der GeNo aus. So benennt u. a. auch die Vorlage, dass aus Sicht der senatorischen Behörde nicht alle Einsparpotentiale vollständig genutzt worden seien. Die CDU hält tiefgreifende Veränderungen für erforderlich, u. a. unterjährige Reaktionen der GeNo-Geschäftsführung auf Basis des Medizin- und Finanzcontrollings.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert, dass der senatorischen Behörde die weiteren Änderungsbedarfe innerhalb der GeNo sehr bewusst sind. Die bisher durchgeführten Maßnahmen haben zu jährlichen Einsparungen in Höhe von 39 Mio € geführt. Die Senatorin macht ferner deutlich, dass ein kommunaler Klinikverbund zur bestmöglichen medizinischen Versorgung effizient beiträgt, da so medizinische Leistungen ermöglicht werden können, die private Krankenhäuser nicht adäquat anbieten oder anbieten würden.

Herr Schober (Die Linke) stellt fest, dass die ursprünglichen Ziele, die bei der Gründung der Einheitsgesellschaft formuliert wurden, nicht erreicht werden.

Frau Dehne (SPD) begrüßt die sehr transparente Darstellung in der Vorlage, vor allem die Darstellung der sowohl positiven als auch negativen Aspekte der Maßnahmenrealisierung. Frau Dehne äußert sich zu konkreten Aspekten, z. B. dass die Verweildauern von Patientinnen und Patienten nicht unbegrenzt reduziert werden können.

Herr Dr. Buhler (FDP) erläutert, dass aus Sicht der FDP die Erbringung der medizinischen Leistungen im Vordergrund steht und nicht die Eigentümerstruktur des Anbieters. Zur Zeit erbringen kommunale Kliniken allerdings elementare medizinische Leistungen unvergütet, wie bspw. die Ebola-Vorsorge. An der GeNo kritisiert er ein suboptimales Controlling und hinterfragt die Zusammenführung der kommunalen Kliniken, da bisher die versprochenen Synergie-Effekte nicht eingetreten sind.

Herr Pirooznia (B90/ Die Grünen) weist auf die Schwierigkeit und Zeitspanne von Organisationsentwicklungen bei Großkonzernen sowie die Verantwortung der GeNo-Geschäftsführung bei der Realisierung hin.

Abschließend stellt Staatsrat Kück klar, dass die senatorische Behörde intensiv die Realisierung von wirtschaftlichen und strukturellen Verbesserungen innerhalb der GeNo verfolgt sowie die Psychiatriereform von den aktuellen Maßnahmen unberührt ist. Im Hinblick auf die öffentliche Diskussion äußert Herr Kück, dass nicht immer deutlich wird, dass der Klinikkonzern ausschließlich in wirtschaftlicher Dimension kritisiert wird, die hohe medizinische Qualität allerdings unstrittig ist.

Beschluss (einstimmig):

Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den anliegenden sechsten Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH mit dem Schwerpunkt Medizinstrategie vom 28. Mai 2018 zur Kenntnis.

TOP 6 | Verschiedenes

Es liegen keine Punkte vor.

Vorsitzender

Protokollführer